

SPÖ-Abgeordnete Petra Bayr pocht auf Einhaltung des Kyoto-Zieles =

Utl.: Internationaler Tag des Wetters: "Klimaschutz darf uns nicht kalt lassen" =

Wien (SK) Sonntag, der 23. März, ist der internationale Tag des Wetters. SPÖ-Nationalratsabgeordnete Petra Bayr nahm als Mitglied des Umweltausschusses diesen Anlass als Gelegenheit, einmal mehr auf die Dringlichkeit des Kyoto-Zieles und dessen Umsetzung hinzuweisen. Weltweit machen verheerende Überschwemmungen und lang anhaltende Dürreperioden drastisch darauf aufmerksam, dass die Zerstörung der Ozonschicht und die damit Hand in Hand gehenden Klimaveränderungen und Wetterkapriolen einen globalen Handeln erfordern, stellte Bayr fest. ****

Auch Österreich hat sich im Rahmen des Kyoto-Abkommens, das 2002 ratifiziert wurde, verpflichtet, seine Treibhausgas-Emissionen bis 2008/2012 um 13 Prozent im Vergleich zum Basisjahr 1990 zu reduzieren. Bayr erinnerte daran, dass Österreich aber nicht nur weit von dieser Forderung entfernt ist, sondern sogar einen Anstieg der Emissionen zu verzeichnen hat. Konkret ist der Ausstoß heimischer Treibhausgase laut Emissionsinventur des Umweltbundesamtes im Jahr 2001 um 4,8 Prozent im Vergleich zum Jahr 2000 gestiegen.

Es sind damit, so Bayr, dringend Maßnahmen in vielen Bereichen erforderlich. "Vor allem im Verkehrsbereich, wo ein besonders markanter Anstieg der CO₂-Emissionen zu verzeichnen ist, muss es rasch zu einer Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene kommen. Im Wohnbau muss die Wärmedämmung, speziell bei Einfamilienhäusern, eine wichtigere Rolle spielen. Mit relativ preisgünstigen Maßnahmen lassen sich so namhafte CO₂-Reduktionen über ersparte Heizmittel erzielen. Auch im Bereich der Ausschöpfung alternativer Energiequellen ist noch vieles möglich, für Betriebe sollen dazu steuerliche Anreize gesetzt werden", sagte Bayr.

Klimaschutz bedürfe finanzieller Mittel, sei es in Direkt-Förderungen oder, wie im Bereich der Betriebe, durch steuerliche Anreize. Die SPÖ-Nationalrätin forderte in diesem Zusammenhang von der Bundesregierung die Bereitstellung budgetärer Mittel und eine echte Ökologisierung des Steuersystems. "Die für den Klimaschutz dringend notwendigen Investitionen müssen unbedingt vorgezogen werden. Es darf damit nicht bis 2006 gewartet werden, wie in der Regierungserklärung angekündigt", schloss Bayr. (Schluss) wf/mm

Rückfragehinweis: Pressedienst der SPÖ
Tel.: (++43-1) 53427-275
<http://www.spoe.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS ***

OTS0041 2003-03-21/09:41

210941 Mär 03